

Die Geschichte der Menschenrechte

aus der Perspektive sozialer Bewegungen und Kämpfe

Beschreibung: Diese Methode vermittelt die Geschichte der Menschenrechte anhand historischer Kämpfe und Bewegungen – mit einem Fokus auf Perspektiven aus dem Globalen Süden. In Kleingruppen setzen die Teilnehmenden Puzzle-Handouts zusammen, die bedeutende Ereignisse zeigen, ordnen sie zeitlich ein und präsentieren sie im Plenum. Ein Zeitstrahl und ggf. eine Weltkarte helfen, die Vielfalt und globale Entwicklung der Menschenrechte sichtbar zu machen. Die Methode regt zum Austausch über historische Kontinuitäten, soziale Kämpfe und gegenwärtige Bezüge an.

Lernziel: Die Teilnehmenden sollen die Geschichte der Menschenrechte kennenlernen, wobei der Fokus auf sozialen Bewegungen und Kämpfen liegt. Dabei sollen die globale Entstehungsgeschichte und insbesondere der Beitrag aus dem Globalen Süden verdeutlicht werden.

Gesamtdauer: 45 - 60 Minuten

Materialien

- Handouts zu 18 historischen Ereignissen und ihre globale Rolle bei der Entwicklung der Menschenrechte, die als Puzzle zerschnitten bzw. zusammenzufügen sind (die Vorlage zu den Handouts kann über FIAN bezogen werden)

(1236: Die Verfassung von Manden, 1525 Erhebung der Bäuer*innen, 1789-1793 Olympe de Gouges, 1791: Revolution in Haiti, 1905-1907 Maji-Maji-Aufstand, 1930: Mahatma Gandhi und der Salzmarsch, 1940-1941 Rettung von Flüchtlingen durch Varian Fry, 1948: Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, 1955: Rosa Parks und der Montgomery Busboykott, 1956: Metallarbeiter*innenstreik in Westdeutschland, 1965-1970: César Chávez und der Streik der Landarbeiter*innen, 1969: Stonewall-Aufstände, 1981: Das Protestjahr der Behindertenbewegung, 1990-1995: Ken Saro-Wiwa und die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes, 1991 Vandana Shiva und die Bewegung für Saatgutfreiheit, 1996: Bewegung der Landlosen, 2000 Die Wasserrevolte von Cochabamba, 2014: Gründung und Aktivismus der Pacific Climate Warriors)

- Kreppband, um einen Zeitstrahl z. B. auf dem Boden anzubringen (gerne 4-6 Meter).
- Zettel mit den Jahreszahlen
- (optional) Eine große Weltkarte + Klebestreifen oder Stecknadeln zum Markieren
- **Fünf große und mehrere kleine Moderationskarten mit den Begriffen:**
 1. historische Unrechtserfahrungen
 - Kolonialismus, Krieg, Soziales Elend
 2. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
 - Grundgesetz, Europäische MR-Konvention
 3. Sozialpakt & Zivilpakt
 4. Besonders gefährdete Gruppen:
 - Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderung, Kleinbäuer*innen, Indigene Völker
 5. Neue Herausforderungen:
 - Wirtschaftliche Globalisierung, Digitalisierung, Klimakrise

- Rechte zukünftiger Generationen

Vorbereitung

- Die Puzzles zu Sets für die Arbeitsgruppen zusammenstellen, beispielsweise mit drei Puzzeln pro Set. Innerhalb eines Sets sollen die Ereignisse zeitlich aufeinander folgen. (z.B. 1236, 1525, 1789 / 1791, 1905, 1930 etc.). Um die Schwierigkeit zu erhöhen, können einige nicht dazugehörige Puzzleteile daruntergemischt werden.
- Im Seminarraum einen Zeitstrahl anbringen (z.B. mit Kreppband am Boden) und diesen durch Jahreszahlen der Ereignisse markieren.

Ablauf

Gruppenarbeit (20 Minuten)

- **Aufgabe:** Die Teilnehmenden werden in Kleingruppen aufgeteilt (idealerweise 3-4 Personen pro Gruppe). Jede Gruppe bekommt ein Puzzleset, deren Ereignisse zeitlich aufeinander folgen
- **Zusammensetzen der Puzzleteile:** Die Gruppen setzen die Puzzleteile zusammen und diskutieren über das jeweilige Ereignis. Sie sollen herausfinden, um welches Ereignis es sich handelt und wie es mit den Menschenrechten zusammenhängt. Hierfür gibt es folgende Aufgabenstellung:
 - I. Setzt die Puzzlestücke zusammen. Arbeit hierfür als Gruppe zusammen.
 - II. Lest euch die Informationen in den Puzzles sorgfältig durch. Wenn ihr Fragen habt, oder Begriffe nicht versteht, bittet die Seminarleitung um Unterstützung.
 - III. Diskutiert folgende Fragen zu den jeweiligen Puzzles:
 - a. Für welche Bedürfnisse haben sich die Menschen eingesetzt?
 - b. Welche Bedeutung haben die Ereignisse für dich und dein Leben?
 - IV. Sucht euch ein Ereignis / Puzzle aus, dass ihr gleich im Plenum vorstellt.
- **Variation:** Je nach Gruppengröße und Zeitbudget können die Gruppen einen zweiten Durchgang spielen.

Präsentation im Plenum (15 Minuten)

- Nun stellt jede Gruppe ein Ereignis/Puzzle vor und platziert es auf dem Zeitstrahl
- Die Seminarleitung kann den entsprechenden Ort auf der Weltkarte markieren
- Nach jeder Präsentation können die anderen Teilnehmenden Fragen stellen und Kommentare abgeben. Die Seminarleitung kann zusätzliche Informationen und Kontext liefern.

Erläuterung der Menschenrechte (5 Minuten)

- **Verbindung zu den Menschenrechten:** Seminarleitung fasst die Präsentationen zusammen und erläutert, wie die vorgestellten Ereignisse mit den Menschenrechten verbunden sind. Es wird erklärt, wie soziale Bewegungen und Kämpfe zur Durchsetzung und Stärkung der Menschenrechte beigetragen haben. Stichwörter die fallen können: Antikoloniale Bewegungen; Frauen- Behinderten und Anti-Rassismuskonvention. Klimakrise; Sozialpakt und Zivilpakt; Recht auf Wasser; Rechte künftiger Generationen

- **Hervorhebung der Vielfalt:** Besondere Betonung auf die unterschiedlichen geographischen und kulturellen Kontexte der Ereignisse und wie sie gemeinsam zur globalen Menschenrechtsbewegung beitragen.
- **Rolle und Pflichten der Staaten:** Betonung, dass Staaten für die Durchsetzung der Menschenrechte verantwortlich sind, gegenüber den eigenen Bürger*innen aber auch im Ausland. („Menschen haben Rechte, Staaten haben Pflichten“)

Auswertung und Reflexion (5 Minuten)

- **Fragen an die Teilnehmenden:**
 - Was hat euch an den vorgestellten Ereignissen am meisten beeindruckt?
 - Welche neuen Perspektiven habt ihr auf die Menschenrechte gewonnen?
 - Fallen euch weitere Ereignisse und Beispiele ein?
 - Kennt ihr Fälle wo MR heute verteidigt werden?
 - Welche Bedeutung haben diese Ereignisse auf euren Alltag?

1236: Die Verfassung von Manden

Die Verfassung von Manden, auch bekannt als „Kouroukan Fouga“, wurde während der Herrschaft von Sundiata Keita, dem Gründer des Malireichs, eingeführt. Diese frühzeitliche Verfassung schuf einen rechtlichen und sozialen Rahmen für das Reich von Mali. Die sieben Kapitel legen Prinzipien wie den gesellschaftlichen Frieden durch Vielfalt, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die Bedeutung der Bildung, das Recht auf Nahrung, die Abschaffung der Sklaverei, die Meinungsfreiheit, die Gleichstellung der Geschlechter, den Schutz der Umwelt und die Gleichheit vor dem Gesetz fest.

Sie stellen grundlegende Menschenrechte dar. Manden ist eines der ältesten Beispiele einer schriftlichen Verfassung in Westafrika und spielte eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Rechtssystemen und Verwaltung in der Region.

1525 Erhebung der Bäuer*innen

80 % der Bevölkerung des heutigen Süd- und Mitteldeutschlands waren zu dieser Zeit Bäuer*innen, doch sie hatten kaum Rechte. Sie mussten viele Abgaben leisten oder gehörten sogar ihren Herren („Leibeigene“). Sie verfassten die 12 Artikel um ihre sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und religiösen Forderungen zu bündeln. Sie forderten unter anderem das Recht auf Jagd und Fischfang, das Recht, Bäume zu fällen (zum Bauen und Heizen) und weniger Abgaben und Dienste für ihre Herren.

Die „Zwölf Artikel“ gelten als die erste Niederschrift von Menschen- und Freiheitsrechten in Europa. Die Adligen ließen sich darauf nicht ein. Es kam zum Bäuer*innenkrieg.

1789-1793 Olympe de Gouges

Olympe de Gouges war eine französische Schriftstellerin und politische Aktivistin, die sich während der Französischen Revolution (1789) für Frauenrechte und die Abschaffung der Sklaverei einsetzte. 1791 veröffentlichte sie die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“, in der sie die gleichen Rechte für Frauen forderte. Diese Schrift war eine Erweiterung der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, welche zu diesem Zeitpunkt nur für Männer galt. De Gouges engagierte sich auch stark gegen den Kolonialismus und setzte sich für die Rechte der versklavten Menschen in den französischen Kolonien ein.

Ihr mutiger Aktivismus führte zu ihrer Verhaftung und schließlich zu ihrer Hinrichtung im Jahr 1793. Ihre Arbeit und ihr Vermächtnis haben einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der Frauenrechte.

1791: Revolution in Haiti

In der Nacht des 22. August 1791 begann der Sklaven*innenaufstand in Saint-Domingue (heute Haiti). Die versklavten Afrikaner*innen kämpften gegen die französische Kolonialherrschaft und die brutale Sklaverei. Zwei Jahre zuvor wurde im Zuge der französischen Revolution die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verkündet. Doch der darin verfasste Grundsatz der Gleichheit aller Menschen schloss versklavten Menschen und Kolonisierte aus.

Dieser Aufstand führte letztlich zur Unabhängigkeit Haitis im Jahr 1804 und machte Haiti zur ersten unabhängigen schwarzen Republik und zum ersten Land, das die Sklaverei vollständig abschaffte. Dieser Erfolg war ein bedeutender Meilenstein im globalen Kampf gegen die Sklaverei und für die Menschenrechte.

1905-1907 Maji-Maji-Aufstand

Der Maji-Maji-Aufstand (1905–1907) war ein bewaffneter Widerstand in Deutsch-Ostafrika (heutiges Tansania) gegen die koloniale Herrschaft und die ausbeuterischen Bedingungen der deutschen Kolonialmacht. Der Aufstand, der durch Misshandlungen, Zwangsarbeit und hohe Steuerlasten ausgelöst wurde, wurde brutal niedergeschlagen. Er kostete zwischen 250.000 und 300.000 Afrikaner*innen das Leben. Das entspricht ungefähr einem Drittel der geschätzten Gesamtbevölkerung der Maji-Maji in der Region.

Der Maji-Maji-Aufstand gilt als frühes Beispiel für den Widerstand gegen koloniale Ausbeutung und beeinflusste spätere Bewegungen, die sich für die Rechte und Würde der Kolonisierten einsetzten.

1930: Mahatma Gandhi und der Salzmarsch

Mahatma Gandhi war ein indischer Freiheitskämpfer und Verfechter des gewaltfreien Widerstands. Im Jahr 1930 führte er den Salzmarsch an, einen 240 Meilen langen Protestmarsch zum Arabischen Meer, um gegen die britische Salzsteuer in Indien zu demonstrieren. Der Marsch endete als Gandhi symbolisch Salz aus dem Meer schöpfte, was zu seiner Verhaftung und der Verhaftung Tausender weiterer Demonstrant*innen führte.

Der Salzmarsch symbolisierte den Widerstand gegen die koloniale Unterdrückung und war ein entscheidender Moment im indischen Unabhängigkeitskampf

1940-1941 Rettung von Flüchtlingen durch Varian Fry

Varian Fry, ein amerikanischer Journalist und Menschenrechtsaktivist, leitete von 1940 bis 1941 eine geheime Rettungsmission in Frankreich, um bedrohte jüdische Künstler*innen und Intellektuelle und andere Verfolgte vor den Nazis zu retten. Fry arbeitete für das *Emergency Rescue Committee*. Er nutzte ein Netzwerk von Helfer*innen, zu dem auch Schmuggler und Mitglieder der Unterwelt gehörten, um gefälschte Papiere zu beschaffen und geheime Fluchtrouten und sichere Unterkünfte zu organisieren.

Geschätzte zweitausend Menschen soll Fry zwischen 1940 und 1941 gerettet haben, darunter bekannte Persönlichkeiten wie Hannah Arendt oder Marc Chagall. Sein mutiges Engagement bleibt ein bemerkenswertes Beispiel für zivilen Widerstand und humanitären Einsatz in einer Zeit größter Not

1948: Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie stellt einen historischen Meilenstein dar, indem sie universelle Rechte und Freiheiten definiert, die allen Menschen ohne Diskriminierung zustehen. Die Erklärung umfasst 30 Artikel, die grundlegende Rechte wie das Recht auf Leben, Freiheit, soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung und Asyl festlegen.

Sie wurde als Antwort auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs entwickelt und dient als internationaler Standard für Menschenrechte, der den Schutz und die Förderung von Würde, Freiheit und Gleichheit weltweit zum Ziel hat. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat seit ihrer Verabschiedung viele nationale und internationale Menschenrechtsgesetze und -instrumente inspiriert.

1955: Rosa Parks und der Montgomery Busboykott

Am 1. Dezember 1955 weigerte sich Rosa Parks, eine afroamerikanische Näherin, ihren Sitzplatz in einem weißen Fahrgast zu überlassen, wie es die damals geltenden Rassentrennungsgesetze vorschrieben. Ihre Verhaftung und Verurteilung wegen dieses Aktes des zivilen Ungehorsams löste eine Massenprotestaktion aus, bei dem die afroamerikanische Gemeinschaft über ein Jahr lang die städtischen Busse boykottierte, um gegen die Rassentrennung im öffentlichen Nahverkehr zu protestieren.

Der Boykott führte letztendlich zu einem Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA, das die Rassentrennung in öffentlichen Bussen für verfassungswidrig erklärte. Rosa Parks' Handlung und der darauffolgende Boykott wurden zu Schlüsselmomenten der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

1956: Metallarbeiter*innenstreik in Westdeutschland

Am 24. Oktober 1956 traten über 30.000 Metallarbeiter*innen in Schleswig-Holstein in den Streik. Sie kämpften für wichtige Arbeitsrechte und forderten die Einführung einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, um sicherzustellen, dass Arbeiter*innen im Falle einer Krankheit weiterhin finanziell abgesichert sind. Diese war für Angestellte längst selbstverständlich. Die Beschäftigten in der Metall-Industrie wollten diese Benachteiligung nicht länger hinnehmen.

Der Streik öffnete die Tür zur schrittweisen Gleichbehandlung von Arbeiter*innen und Angestellten. Nur wenige Monate nach Beendigung des Streikes verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall“. So profitierten Arbeiter*innen in der gesamten Bundesrepublik von dem Erfolg in Schleswig-Holstein.

1965-1970: César Chávez und der Streik der Landarbeiter*innen

César Chávez, ein mexikanisch-amerikanischer Landarbeiter setzte sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft ein. Die Arbeiter*innen wurden ausgebeutet, oftmals nicht bezahlt, mussten in Hütten leben und bekamen keine medizinische oder sonstige grundlegende Versorgung. Ohne eine vereinte Stimme hatten sie keine Mittel, um ihre Lage zu verbessern. Chávez organisierte sie zur nationalen Landarbeiter*innenbewegung.

Durch Märsche, Streiks und Boykotte erkämpften sie grundlegende Verbesserungen Arbeitsbedingungen. Zudem führten sie dazu, dass in der Gesetzgebung die ersten Grundrechte für Landarbeiter*innen festgehalten wurden.

1969: Stonewall-Aufstände

Am 28. Juni 1969 brachen im Stonewall Inn, einer Bar in der Christopher Street in New York die Stonewall-Aufstände aus. Diese Aufstände begannen, als die Polizei eine Razzia in der Bar durchführte, die ein bekannter Treffpunkt für die LGBTIQ+-Gemeinschaft war (*lesbische, schwule, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queer lebende Personen und Lebensweisen*). Zu dieser Zeit war Homosexualität in vielen Teilen der USA kriminalisiert, und LGBTIQ+-Personen wurden routinemäßig von der Polizei schikaniert und verhaftet.

Die Stonewall-Aufstände führten zur Gründung zahlreicher Organisationen, die sich für die Rechte und Gleichstellung der LGBTIQ+-Gemeinschaft einsetzen. Ein Jahr nach den Aufständen fand der

erste Christopher Street Liberation Day (CSD) statt, der bis heute an die Stonewall-Aufstände erinnert und die anhaltenden Kämpfe gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung sichtbar macht

1981: Das Protestjahr der Behindertenbewegung

Das Jahr 1981 war ein bedeutendes Protestjahr für die Behindertenbewegung in Deutschland. Im Kontext des von der UNO ausgerufenen Jahres der Behinderten, das global das Bewusstsein für die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schärfen sollte, intensivierte die Bewegung ihre Aktivitäten und Forderungen nach Selbstbestimmung und politischer Teilhabe. Die Aktivist*innen organisierten eine Reihe von eindrucksvollen Protestaktionen, darunter die Besetzung der Westfalenhalle in Dortmund am und der Hungerstreik in Bremen.

Die Proteste brachten die unzureichenden Fortschritte und die anhaltende Diskriminierung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das Protestjahr 1981 führte zu einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Forderungen nach Barrierefreiheit, Inklusion und Gleichstellung.

1990-1995: Ken Saro-Wiwa und die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes

Ken Saro-Wiwa war ein nigerianischer Umweltschützer, der sich für die Rechte des Indigenen Ogoni-Volkes im Nigerdelta einsetzte. Die Ogoni sind ein indigenes Volk, deren Lebensgrundlagen durch die Ölindustrie stark gefährdet sind. Ken Saro-Wiwa gründete 1990 die „Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes“ (MOSOP), um gegen die Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen durch Shell, ein europäisches Erdölunternehmen, im Nigerdelta, Nigeria, zu kämpfen. MOSOP forderte eine gerechte Entschädigung, die Beendigung der Umweltverschmutzung durch Shell und die Anerkennung der politischen und kulturellen Rechte des Ogoni-Volkes. 1995 wurden Saro-Wiwa und neun andere Ogoni-Aktivist*innen hingerichtet.

Der Widerstand machte die ungerechten Handelsstrukturen und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit multinationalen Unternehmen sichtbar und trug zur Entwicklung von Standards bei, die darauf abzielen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Regionen, in denen Unternehmen tätig sind, zu verhindern.

1991 Vandana Shiva und die Bewegung für Saatgutfreiheit

Vandana Shiva gründete Navdanya, eine Bewegung zur Verteidigung der Rechte von Bäuer*innen in Indien gegen die Patentierung von Saatgut und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. Navdanya setzt sich für die nachhaltige Landwirtschaft, den Schutz traditioneller Anbaumethoden und die Stärkung der bäuerlichen Gemeinschaften ein. Die Bewegung bekämpft die Dominanz multinationaler Konzerne im Saatgutmarkt und fördert den Erhalt und die Nutzung einheimischer Saatgutsorten.

Shiva und Navdanya haben maßgeblich dazu beigetragen, das Bewusstsein für die Bedeutung der Saatgutvielfalt und die Rechte der Bäuer*innen zu schärfen.

1996: Bewegung der Landlosen

Am 17. April 1996 demonstrierten landlosen Bäuer*innen in Eldorado dos Carajás für die Umverteilung von landwirtschaftlichem Boden. Während einer Straßenblockade wurden sie von der

Polizei angegriffen, was in einem Massaker endete, bei dem 19 Demonstrant*innen getötet wurden. Die Bäuer*innen gehörten zur Landlosenbewegung (MST), die sich für eine gerechte Landverteilung und gegen die Ungleichheiten im ländlichen Brasilien einsetzt.

Der 17. April wurde zum „*Tag der Landlosen*“ erklärt, an dem nun jährlich auf die Rechte von Kleinbäuer*innen auf Land und Nahrung aufmerksam gemacht wird.

2000 Die Wasserrevolte von Cochabamba

In Cochabamba, Bolivien, protestierte die Bevölkerung massiv gegen die Privatisierung der Wasserversorgung im Jahr 2000. Die Proteste, bekannt als der „Wasserkrieg von Cochabamba,“ wurden durch drastische Preiserhöhungen und den Verlust des Zugangs zu bezahlbarem Wasser ausgelöst.

Der öffentliche Widerstand führte schließlich zur Rücknahme der Privatisierung und zur Wiederverstaatlichung der Wasserversorgung. Dieser Erfolg wurde zu einem symbolträchtigen Beispiel für den Kampf um das Menschenrecht auf Wasser.

2014: Gründung und Aktivismus der Pacific Climate Warriors

Die Pacific Climate Warriors sind eine Gruppe von Klimaaktivist*innen aus verschiedenen pazifischen Inselstaaten, die seit 2014 aktiv sind. Sie setzen sich gegen den Klimawandel ein, der die Lebensgrundlagen in ihren Heimatländern durch steigende Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse und Umweltzerstörung bedroht. Die Gruppe nutzt traditionelle Kanus, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Durch friedliche Proteste, internationale Kampagnen und Zusammenarbeit mit anderen Umweltorganisationen fordern die Pacific Climate Warriors Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasen. Denn diese sorgen dafür, dass es auf der Erde immer wärmer wird, wodurch viele Menschenrechte bedroht sind.

Ihr Engagement symbolisiert den Widerstand der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Gemeinschaften und die Forderung nach globaler Klimagerechtigkeit. Demnach sollen Unternehmen und Staaten, die den Klimawandel verursacht haben, auch die Verantwortung für die weltweiten Folgen und Schäden übernehmen.